

Zürich

Schüler werden nicht benotet

Folgen der Corona-Pandemie Wegen des Fernunterrichts entfallen per Ende Schuljahr die Zeugnisnoten. Auch auf Elterngespräche wird im Kanton Zürich verzichtet. Eine Sonderregelung gibt es für Jugendliche auf Lehrstellensuche.

Heinz Zürcher

«Nicht benotet»: Dies und der Hinweis auf die Corona-Pandemie ist das Einzige, was vor den Sommerferien in den Zeugnissen der Zürcher Schülerinnen und Schüler stehen wird. Der Bildungsrat begründet den Verzicht auf Zeugnisnoten per Ende dieses Schuljahres mit dem Fernunterricht, der seit dem 16. März gilt und voraussichtlich noch bis zum 11. Mai andauern wird. Eine gerechte Benotung ist unter diesen Umständen kaum möglich.

Stattdessen Lernberichte

Die meisten Lehrpersonen haben bisher auf Anraten des Volksschulamtes auf benotete Leistungsüberprüfungen verzichtet. Ausfallen werden auf Geheiss des Bildungsrats auch die Elterngespräche, die normalerweise im Kindergarten und in der 1. Klasse im Sinne von Zeugnisgesprächen durchgeführt werden. Eine Sonderregelung gibt es für Ju-

gendliche, die auf Lehrstellensuche sind. Sie können Referenzschreiben oder Lernberichte anfordern. Diese Instrumente gibt es bereits. Lernberichte werden im Normalfall vor allem für Schülerinnen und Schüler geschrieben, deren Leistungen wesentlich von den Vorgaben der Lernziele ihrer Klasse abweichen.

Das Verfassen der Berichte sei nicht aufwendig, sagt die Zürcher Bildungsdirektorin Silvia Steiner (CVP). Vorgesehen sei er ja nur für jene Schülerinnen und Schüler, die im Anschluss an die Volksschule in die Berufsbildung übertreten. «Wir wollen verhindern, dass Lehrpersonen kostbare Ressourcen vergeuden.»

Auch Christian Hugi, Präsident des Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverbands (ZLV), rechnet nicht mit einem grossen Mehraufwand. «Wird er in einer Klasse aber übermässig gross, muss im Einzelfall mit der Schulleitung nach praktikablen Lösungen beziehungsweise zusätzlichen zeit-

«Wir wollen verhindern, dass Lehrpersonen kostbare Ressourcen vergeuden.»

lichen Ressourcen oder Entlastungen gesucht werden.»

Standortbestimmung nötig

Der ZLV und der Verband der Schulleiterinnen und Schulleiter Kanton Zürich (VSLZH) begrüssen den Entscheid des Bildungsrates. Wichtig sei, möglichst bald zu erkennen, wo die Schülerinnen und Schüler nach dem Fernunterricht stehen, sagt VSLZH-Präsidentin Sarah Knüsel.

«Sicher werden wir bei jedem Kind eine kurze Standortbestimmung machen.» Individuelle Lücken sollen danach möglichst schnell wieder geschlossen werden. «Gegebenenfalls sind jedoch zusätzliche Ressourcen und eine entsprechende Förderung notwendig.»

Unterstützen wolle man auch Jugendliche, die noch keinen Lehrvertrag in der Tasche haben, sagt Silvia Steiner. «Wir werden die bisherigen Massnahmen intensivieren.» Beispielsweise verfüge der Lehrmittelverlag über

Tools, um Schülerinnen und Schüler gezielt auf die Anforderungen des gewünschten Lehrberufs vorzubereiten. Und wer den Stellwertest noch nicht absolviert habe, soll diesen ab dem 11. Mai nachholen können.

Gewerbe zufrieden

Einverstanden mit dem Beschluss des Bildungsrats ist auch das Gewerbe. Dies vor allem deshalb, weil für die Bewerbungen in erster Linie die Zeugnisse vom Januar entscheidend sind. Dasselbe gilt für die Übertritte in die Sekundarschule und für die Gymi-Aufnahmeproofungen.

Werner Scherrer, Präsident des KMU- und Gewerbeverbands Kanton Zürich, begrüsst zudem die Möglichkeit, Lernberichte anzufordern. Er hofft, dass der Lockdown möglichst bald für alle Gewerbetreibenden aufgehoben wird und es mit der Besetzung der offenen Lehrstellen vorwärtsgehen kann.

Erhebliche Einschränkungen für die Demokratie

Kantonsrat Die Vorstände der Gemeinden können ohne Parlament Kredite vergeben, Volksbegehren sind vorerst verboten.

Draussen herrscht Corona-Krise, und drinnen in der Zürcher Messe beriet der Zürcher Kantonsrat gestern, was dies für die Demokratie bis auf weiteres bedeutet. Ergebnis: Das Parlament stellt sich, wenn auch teils zähneknirschend, mit grosser Mehrheit hinter die Vorgaben des Regierungsrats. Diese laufen auf erhebliche Einschränkungen der direkten und der parlamentarischen Demokratie hinaus.

Ausgangspunkt ist das Versammlungsverbot des Bunds vom März. Davon betroffen sind bekanntlich auch Gemeindeversammlungen. Zeitweise war zudem unklar, ob Parlamente weiterhin tagen dürfen. Und: Um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise abzufedern, sollten die Exekutiven auch auf Gemeindeebene rasch handeln können.

Nun hat der Kantonsrat beschlossen: Gemeindevorstände können vorerst auch ohne Beschluss des jeweiligen Gemeindeparlaments oder der Gemeindeversammlung Gelder zur Bewältigung der Corona-Krise vergeben. Sie müssen ihre Beschlüsse aber dem jeweiligen Bezirksrat zur Prüfung vorlegen. Gemeindeparslamente dürfen zusammenkommen, formell ist dazu jedoch eine regierungsrätliche Bewilligung nötig. Regierungsrätin Jacqueline Fehr (SP) versprach, dass diese Bewilligung reine Formsache sein soll.

Zurzeit keine Ersatzwahlen

Auch der zweite Entscheid zur Corona-Demokratie, den der Kantonsrat gestern genehmigte, hat es in sich: Unterschriftensammlungen für Volksbegehren sind bis auf weiteres verboten, sowohl auf der Strasse als auch online oder per Post. Zudem können zurzeit keine Ersatzwahlen für Gemeindebehörden stattfinden. Per Verordnung, die der Kantonsrat nun abgesegnet hat, hat der Regierungsrat die entsprechenden Fristen für Unterschriftensammlungen und Kandidaturen ausgesetzt.

Beide Entscheide treten rückwirkend in Kraft, auf 20. und 21. März. Sie sollen so lange gelten wie die entsprechenden Vorgaben des Bunds. Konkret steht momentan Ende Mai, Anfang Juni als Ablaufdatum der neuen Regeln im Raum, wie Roman Schmid (SVP, Opfikon) und Benno Scherrer (GLP, Uster) im Namen der Kantonsrats-Geschäftsleitung sagten. Der Ermächtigung der Gemeindevorstände stimmten ausser der SVP alle Parteien zu. Der Entscheid über Volksbegehren und Gemeindebehördenwahlen wurde gar mit 156 zu 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgesegnet.

Unbehagen und Vertrauen

Trotzdem war ein Unbehagen aus vielen Voten herauszuhören. Für Vertrauen warb Jörg Kündig (FDP, Gossau), der Präsident des Gemeindepräsidentenverbands: «Seien wir doch mutig und glauben, dass die Exekutiven einen guten Job machen.» Ähnlich äusserte sich Regierungsrätin Fehr, verbunden mit dem Aufruf, die Ansteckungsrate tief zu halten. Wenn diese nur wenig anstiege, drohten Engpässe, sagte sie.

Matthias Scharrer

Nachrichten

Zahlreiche Rekurse gegen Ersatzneubau

Brunaupark Der Ersatzneubau Brunaupark ist eines der grössten Bauprojekte der Stadt Zürich. Nebst Läden sollen fast 500 Wohnungen entstehen. Dagegen reichte der VCS Rekurs ein, wie er am Montag mitteilte. Es fehle ein Hinweis, welche Umwelt- und Verkehrsbelastungen das Projekt erzeuge, wird unter anderem bemängelt. Neben dem VCS haben der Verein IG Wohnen in Laubegg und elf weitere Parteien Rekurse eingelegt. (pag)

Forum Zürich wendet sich an den Bundesrat

Corona-Krise Das Forum Zürich, die Plattform der Wirtschaftsverbände in der Stadt und im Kanton Zürich, fordert den Bundesrat auf, ab 27. April alle Geschäftstätigkeiten zu erlauben, bei denen die Corona-Sicherheitsregeln eingehalten werden können. Es sei völlig unlogisch, den Verkauf von Papiereartikeln im Grossverteiler, nicht aber in einer kleinen Papieterie zu erlauben. Unverständlich sei auch, dass Gastrobetriebe, selbst unter Einhaltung aller Schutzmassnahmen, geschlossen bleiben müssten. Die Schweizer Unternehmen seien alle in der Lage, die Verantwortung für die gesundheitliche Sicherheit der Mitarbeitenden und der Kunden zu übernehmen. (sda)

Fünf Corona-Patienten mehr als am Vortag

Gesundheitsdirektion Im Kanton Zürich sind zwei weitere Personen am Coronavirus gestorben. Damit gab es bis gestern Nachmittag 103 Todesfälle. Das Durchschnittsalter aller Verstorbenen betrug 85 Jahre. Wegen einer Corona-Infektion im Spital lagen 121 Patienten, 5 mehr als am Sonntag. Die Zahl jener, die künstlich beatmet werden mussten, blieb mit 43 konstant. Bis jetzt wurden im Kanton Zürich 3254 Personen positiv getestet, 15 mehr als am Vortag. (sda)



Der Pocket-Böögg der Stiftung RGZ entwickelte sich zu einem Renner – nach 11 Minuten explodierte dieses Exemplar. Foto: Andreas Hugi

Sechseläuten-Fans wussten sich zu helfen

Guter Sommer steht bevor Wegen des Coronavirus konnte das Sechseläuten gestern nicht stattfinden. Fans und Zünfter nahmen es – bei allem Ernst – auch mit Humor.

Rund 2000 Exemplare des Pocket-Böögg hat die Stiftung RGZ dieses Jahr abgesetzt. Das ist ein Mehrfaches des Bedarfs aus früheren Jahren, wie Barbara Vonlaufen, die Leiterin Arbeit der Stiftung, sagt. «In den letzten Tagen sind wir regelrecht überannt worden.» Das sei für die Mitarbeitenden eine Herausforderung gewesen, es habe aber auch Spass gemacht.

Der Pocket-Böögg wurde nicht etwa speziell für dieses Jahr entwickelt. Vielmehr war die Stiftung mit Hauptsitz in Zürich-Altstetten schon vor Jahren auf der Suche nach einem Produkt,

das ihre Verbundenheit mit der Stadt Zürich zeigt. Die zündende Idee hatte eine Studentin der Zürcher Hochschule der Künste. 2010 wurde der Pocket-Böögg entwickelt, und seit 2011 ist er im Verkauf. Die grosse Version kostet 79 Franken, die kleine 42.

Gefertigt in Handarbeit

Der Böögg wird in der RGZ-Werkstatt von 54 Mitarbeitenden mit Mehrfachbehinderung hergestellt – in Handarbeit. Besen, Hut und Pfeife würden zugekauft, der Körper des Böögg wird in einer Werkstätte der Marktlücke GmbH zusammengenäht. Diese setzt sich

für die soziale und berufliche Integration erwerbsloser Frauen ein.

Der Pocket-Böögg geniesst auch die Unterstützung der Zünfte. Am Freitag habe ein Kunde Kambly-Guetsli als Dankeschön für die Mitarbeitenden vorbeigebracht, und ein weiterer habe sich per Mail mit der Bemerkung «Jetzt bin ich der beste Vater des Jahres» eines der letzten Exemplare gesichert. Auch andere Kunden hätten sich per Mail für die schnelle Lieferung ihrer Bestellung bedankt, wie Vonlaufen erzählt.

Die Stiftung RGZ betreibt neben der Werkstätte in Altstetten zwei heilpädagogische Schu-

len, Frühförderungs- und Therapiestellen rund um den Zürichsee, ein Wohnheim in Stallikon und betreutes Wohnen im Freilager. In allen Institutionen zusammen betreuen 260 Mitarbeitende 2700 Menschen jeden Alters. Laut Vonlaufen werden in der Werkstatt zu 80 Prozent Auftragsarbeiten von KMU ausgeführt. Beim Rest handelt es sich um Eigenprodukte.

Es dürfte übrigens ein guter Sommer bevorstehen. Der Böögg eines Zünfters der Stadtzunft hauchte sein Leben im Garten in Zumikon nach elf Minuten aus.

Patrick Gut